

Politische Rundschau. Deutschland.

* Am 13. d. ist das Kaiserpaar zu achttägigem Aufenthalt in Wiesbaden eingetroffen.

* Die jetzt aus Samoa eintreffenden Nachrichten unterscheiden sich sehr zu ihrem Vorteil von den früheren Meldungen. Der Kriegslärm ist verstummt, und damit sind die Aussichten auf eine allmähliche Ausgleichung der Gegensätze unter den Angehörigen der drei Vertragsstaaten erheblich gewachsen.

* Im Senioren-Konvent des Reichstags kam man dahin überein, bis zu den Pfingstferien die Novelle zum Invalidengesetz zu beraten und von anderen Vorlagen abzulehnen; man ging freilich hierbei von der Voraussetzung aus, bis zur Mitte der Pfingstwoche ein beschlußfähiges Haus erhalten zu können. Wenn diese Voraussetzung sich erfüllen sollte, werden die Pfingstferien am 18. Mai beginnen und am 6. Juni zu Ende gehen.

* Nach der soeben veröffentlichten amtlichen Zusammenstellung über die Indiensthaltung der Kriegsschiffe sind im abgelaufenen Jahre im Dienst gewesen: 9 Linienfahrzeuge, 6 Küstenpanzer, 3 Panzer-Kanonensboote, 4 große Kreuzer, 17 kleine Kreuzer, 2 Kanonensboote, 15 Schulschiffe, 7 Spezialschiffe, 1 Hafenschiff, 10 (d. h. sämtliche) Torpedo-Divisionsboote, 58 Torpedoboote, insgesamt also mit Ausnahme der Torpedofahrzeuge 64 Schiffe, von denen 20 auf das Ausland entfallen. Am stärksten herangezogen waren die Torpedo-Divisionsboote, dann die Linienfahrzeuge und Kreuzer, ganz vereinzelt im Dienst waren nur die ganzlich veralteten Panzerkanonensboote.

* Nach der im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Nachweisung der auf deutschen Eisenbahnen (ausschließlich Bayerns) im Monat März d. vorgekommenen Betriebsunfälle waren zu verzeichnen: 32 Unglücksfälle, 10 Zusammenstöße (sämtlich in Stationen), und 161 sonstige Vorkommnisse. Die Zahl der beiden ersten Kategorien ist wieder etwas höher, als im vergangenen Monat. Doch ist die Anzahl der bei den Unfällen Verunglückten trotzdem etwas verringert: Es sind 64 Personen getötet und 96 verletzt worden, gegen 61 bzw. 114 im Februar. Der bei weitem größte Teil davon entfällt, wie immer, auf Bahnbeamte und Bahnarbeiter im Dienst.

* Ein schärferes Vorgehen gegen den unlauteren Wettbewerb hat der Finanzminister v. Miquel einer Abordnung des Zentralvereins selbständiger Gewerbetreibender in Aussicht gestellt. Zunächst soll nach der „Börs. Ztg.“ gegen die sog. „Lodartikel in den Warenhäusern und Ausverkauf“ eingeschritten werden, ebenso gegen die „schwindelhaften Versteigerungen“, die bislang alle gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften zu umgehen wußten.

* Aus Anlaß der Friedenskonferenz hat der Deutsche Nautische Verein an den Reichskanzler eine Eingabe mit der Bitte gerichtet, daß die deutschen Vertreter angewiesen werden, auf der Konferenz bei etwaigen Verhandlungen über den Schutz des Privateigentums auf See die bisher in dieser Richtung hervorgetretenen Anträge des Deutschen Nautischen Vereins zu unterstützen, gegebenenfalls daß dieselben die Initiative ergreifen, um eine Beratung über diese Angelegenheit herbeizuführen.

* Nach „Deutsch-Südwestafrika“ wird in den nächsten Tagen aus Klaustral a. S. eine bergmännische Expedition, bestehend aus 8 Harzer Bergleuten, einem Goldbergmann aus Siebenbürgen und dem Führer Bergmeister Gähmeyer aus Zellfeld in See gehen, um angeblich Kupfer- und Goldergänge bei Rehoboth in Südwestafrika zu erforschen und auf ihre Bauwürdigkeit zu prüfen. Die Bergleute bleiben in ihrem knappschaftlichen Verhältnis, bekommen bei freier Station monatlich 250 Mk. Lohn und sind für den Todesfall mit 10 000 Mk. versichert.

Frankreich.

* Wie die „Gazette des Tribunaux“ mitteilt, hat Ballot Beaulieu im Ausschuß des Kassationshofes eine Anzahl Aktenstücke verlesen

und dem Bureau mitgeteilt, daß sein Bericht abgeschlossen sei und er denselben nur noch durchzusehen habe. Nach dem auf den 29. Mai anberaumten Beginn der öffentlichen Verhandlung sollen die Sitzungen ununterbrochen andauern, einschließend Sonntag, den 4. Juni, falls dies nötig ist.

England.

* Für die Abrüstungskonferenz hat Lord Salisbury nach einer etwas unklaren Meldung die englischen Vertreter angewiesen, da die Etablierung eines allgemeinen internationalen Schiedsgerichts für alle eventuell möglichen Streitfälle zur Zeit undurchführbar sei, wenigstens darauf hinzuwirken, daß derartige positive Abmachungen, soweit möglich, zum Gegenstand eines internationalen General-Vertrages gemacht werden.

Italien.

* Das neue Kabinett ist zwar noch nicht vollständig gebildet, durch die Zusage Visconti-Venostas jedoch, daß er das Portofeuille des Auswärtigen übernehmen will, gesichert. Visconti-Venosta stellt die ihm jüngst zugewiesene grundsätzliche Abneigung gegen jedwede ostasiatische Unternehmung in Abrede.

Holland.

* Bei der Abrüstungskonferenz haben sich die Mächte geemigt, behufs Verhütung von Ueberschreitungen des Programms Zuschriften politischer oder nichtpolitischer Vereine an die Konferenz abzulehnen, bezüglichen Anträge oder Denkschriften von Regierungen, in denen die inneren Zustände anderer Länder in Erwähnung gezogen werden.

Balkanstaaten.

* Die bulgarischen Wahlen haben die übliche Mehrheit für die Regierung ergeben, aber doch keine so erdrückende, daß sich die Opposition nicht ein Drittel der Mandate gesichert hätte. Außerdem werden dem Ministerium Grefow-Radoslanow in der Sobranje sämtliche Oppositionsführer gegenüberstehen, denn alle, Stoilow, Zankow, Karavelow, sind gewählt. Aber es scheint nicht, daß das Ministerium darüber in großer Unruhe ist. Sehr bezeichnend kann man finden, daß dasselbe am Vorabend der Wahlen dem Gerücht entgegentrat, als ob ihm eine russische Anleihe in Aussicht gestellt wäre. Es hat dadurch augenscheinlich darthun wollen, daß es sich getraue, aus eigener Kraft die verfahrenen bulgarischen Finanzen wieder ins Geleise zu bringen.

Ägypten.

* Wie den „Times“ aus Kairo gemeldet wird, beabsichtigt der Sirdar Lord Kitchener, im September, wenn die Bahn bis Chartum fertiggestellt ist, den Sudan für den Handel ohne Einschränkung zu öffnen. Ausländische Waren sollen von Abgaben frei sein, abgesehen von einer kleinen Eintragsgebühr in Wadibalta; den Europäern soll es gestattet sein, Land zu erwerben.

Amerika.

* Mac Kinley wird den Kongreß zu einer außerordentlichen Tagung einberufen, um die Philippinen- und die Währungsfrage zu lösen. Mac Kinley will nämlich diese beiden Hauptfragen noch vor den Wahlen aus dem Wege räumen.

* Der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Amerika und England gibt sich in einer Meldung aus Washington kund, daß alle Hoffnungen auf ein Wiederzusammenreißen der amerikanisch-kanadischen Kommission im August b. geschwunden ist, da beide Teile sich völlig unangenehm verhalten. Es handelte sich in der Hauptsache einmal um die Grenzregulierung betr. das Goldland von Klondike, sodann um die Einschränkung des amerikanischen Tarifs gegenüber Kanada und schließlich über den kanadisch-englischen Vorzugszoll auf Amerika.

Asien.

* Die Gerüchte von chinesischen Truppenbewegungen an der Nordgrenze der zum deutschen Einflußgebiet gehörenden Provinz Schantung scheinen sich in der That zu bestätigen. Nähere Nachrichten über Umfang und Zweck dieser Maßregeln liegen an Berliner amtlichen Stellen nicht vor, man ist aber keines-

falls geneigt, diesen militärischen Operationen irgend einen für die deutschen Interessen bedeutenden Charakter beizulegen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag trat am Mittwoch nach Ablehnung eines von sozialdemokratischer Seite gestellten Verfassungsantrages in die zweite Beratung des neuen Invaliditätsversicherungsgesetzes ein. Von den Sozialdemokraten wurde bei § 1 über einen Antrag derelibriert, die Hausindustrie allgemein der Versicherungspflicht zu unterwerfen, eine namentliche Abstimmung beantragt; mit 180 gegen 39 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. § 1 wurde nach dem Kommissionsantrag unverändert angenommen; ebenso die §§ 2 und 3. Bei § 3a, nach welchem Personen, die Lohnarbeit nur in bestimmten Jahreszeiten für nicht mehr als 12 Wochen übernehmen, der Versicherungspflicht nicht unterliegen, und die Versicherungspflicht ausländischer Arbeiter der Zustimmung des Bundesrats überlassen ist, entspann sich eine lebhafte Debatte.

Am 12. d. wird die zweite Beratung des Invaliditätsversicherungsgesetzes bei § 3a (Entbindung zeitweilig beschäftigter Arbeiter von der Versicherungspflicht) fortgesetzt.

Abg. Hilpert (bayr. Bauernbd.) behauptet, Abg. Stadthagen müsse sich auch nicht im geringsten bemühen haben, die Verhältnisse auf dem Lande kennen zu lernen. Gerade die Landwirte seien überall in den deutschen Gauen auf das Wohl ihrer Arbeiter bedacht. Deshalb müßten solche verheerenden Darstellungen, wie sie Abg. Stadthagen gegeben, entschieden zurückgewiesen werden. (Präs. Graf Ballestrem bezieht den Ausdruck „verheerend“ in Anwendung auf ein Mitglied des Hauses als unparlamentarisch.) Ausländische Arbeiter würden von den Landwirten nur ungern genommen, weil die Löhne so groß sind. Gerade die sozialdemokratische Agitation treibe immer mehr Leute vom Lande fort.

Abg. v. Kardorff (freikons.) bestreitet, daß die Lohnverhältnisse auf dem Lande im Osten so ungünstig seien, wie Abg. Stadthagen es am Mittwoch dargelegt habe. Man müsse die beträchtlichen Naturalleistungen in Betracht ziehen und dabei nach dem Wert in Anschlag bringen, den sie in den großen Städten und Industriebezirken haben. Die ländlichen Grundbesitzer würden niemals so thöricht sein, sich die Arbeiter durch schlechte Behandlung vom Lande zu treiben.

Abg. Graf Lindow (kons.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß Abg. Hase nicht anwesend sei; derselbe habe es nach der Niederlage, die er hier erlitten, wohl vorgezogen, nach Hause zu reisen. Was er am Mittwoch vorgebracht habe, sei kein Geheimnis. Das Verfahren gegen den Gutsbesitzer Braun sei nicht geheim gewesen, das Erkenntnis mit den Gründen sei öffentlich verkündet worden. So sei es ja auch dem Abg. Hase bekannt geworden. Viel Anhänger könnten sich die Sozialdemokraten durch solche Parteigenossen nicht erwerben. Ihre Erfolge bei den Wahlen hätten sie ja auch bisher nicht auf Kosten der Konservativen, sondern der Freisinnigen errungen. Die Arbeiter in Ostpreußen seien jetzt aufgefressen; sie wüßten, was sie von den Sozialdemokraten zu halten haben.

Abg. Wollenkamp (soz.) wundert sich, daß die Konservativen dem einen Fall, in dem ein sozialdemokratischer Arbeitgeber sich einer gewissen Hartnäckigkeit schuldig gemacht hat, so große Bedeutung beilegen. Daß dieser Fall so vereinzelt dastehe, beweise doch, daß die Sozialdemokraten bessere Menschen sind. In der Heranziehung der nicht versicherungspflichtigen Ausländer liege lediglich eine Bevorzugung der Großgrundbesitzer; deshalb müsse diese Ausnahme gestrichen, oder wenigstens der Arbeitgeber-Beitrag verdoppelt werden.

Abg. Lücke (B. d. L.) hält den Lohn, der den ländlichen Arbeitern gezahlt wird, wenn man die Naturalien nach ihrem richtigen Wert in Anschlag bringe, für durchaus den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend. Die Sozialdemokratie wolle sich in den unzufriedenen Landarbeitern die nötige Reservearmee sichern. Auf der einen Seite forderten sie billiges Brot, auf der anderen höhere Löhne, aber das Rezept könnten sie nicht anwenden, wie beides durchzuführen ist, ohne die Landwirtschaft zu ruinieren.

Abg. Ebel (soz.) sieht den Hauptgrund für die Entvölkerung des platten Landes in der schlechten Behandlung und unzureichenden Löhnen der ländlichen Arbeiter. Mitbestimmend für den Abzug zahlreicher ländlicher Arbeiter sei auch der Mangel an jeder Freiheit, vor allem des Koalitions-, des Vereins- und Versammlungsfreiheit, sowie das Fehlen von Fortbildungsanstalten für die heranwachsende Jugend. Solche seien eben den Grundbesitzern ein Dorn im Auge, denn durch ihren Besuch würden die Arbeiter zu klug und unzufrieden. Eine der wesentlichsten Gründe zur Verhinderung der landwirtschaftlichen Skalantität liege in der Tendenz nach der Ausdehnung des Großgrundbesitzes.

Abg. Dertel-Sachsen (kons.) bezeichnet eine Handlungsweise wie die Brauns als in konventionellen Grundbesitzverhältnissen undenkbar. Die konservative Partei habe Hammerstein sofort abgeschüttelt, als sie dessen Vergehungen kannte. Meiner tritt dann noch ausführlicher für die agrarischen Verfehrungen ein, dabei auch die Latifundienbildungen als unvermeidliche Folge der Not im kleinen und mittleren Grundbesitz entschuldigend, aber die Latifundienbildung der Herren Reichthümer und Genossen mißbilligend. Die Beschäftigung von Ausländern sei jedenfalls eine unvermeidliche Notwendigkeit. Die Ausländer würden erst entbehrt werden können, wenn die Löhne des Hauses f. z. mit den Agrariern in Bezug auf die Handelsverträge zusammengebracht würde.

Abg. Stadthagen (soz.) bezieht sich nochmals über die Arbeiter-Verhältnisse auf dem Lande.

Abg. Richter (fr. W.) meint, hinsichtlich der vorliegenden Bestimmungen müsse er anerkennen, daß in der Befreiung der ausländischen Arbeiter von der Versicherungspflicht geradezu eine Prämie auf die Heranziehung ausländischer Arbeiter ausgelegt werde. Den Vorschlag der Kommission, den Arbeitgebern die Hälfte des Beitrages aufzuerlegen, halte er für keinen glücklichen, weil nur halbe Lösung. Für richtiger halte er es, es überhaupt bei dem geltenden Recht zu belassen, nach welchem es der Zustimmung des Bundesrats überlassen bleibt, inwieweit vorübergehende Dienstleistungen als Beschäftigungen im Sinne des Gesetzes anzusehen seien.

Abg. Hahn (wiltkons.) hält das Bedenken des Abg. Richter für ungedreht. Ueber den Bedarf würde kein Grundbesitzer ausländische Arbeiter heranziehen.

Damit schließt die Diskussion. § 3a wird, unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge, unverändert in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

In Verbindung mit § 4 wird § 9 beraten, der u. a. die Invalidenrente dem zupricht, der im Sinne des § 4 Absatz 2 erwerbsunfähig ist.

Abg. v. Stumm (freikons.) beantragt, daß bei solcher Bestimmung zu große Unklarheiten entstehen und außerdem die Arbeiter benachteiligt werden würden — weil ihnen die Rente alsdann zu spät gewährt werden würde —, die Begriffsbestimmung der Erwerbsunfähigkeit ähnlich wie in Paragraph 9 Absatz 3 des bestehenden Gesetzes wiederherzustellen.

Ein Antrag Behr (nat.-lib.) zum § 9 will ferner bei Invalidität infolge Unfalls, daß der Empfänger einer Unfallrente auch denjenigen Betrag der Invalidenrente erhalte, mit welchem diese die Unfallrente übersteigt.

An der Debatte beteiligten sich Wollenkamp und Behr für ihre Anträge, Hilbert für und Böckel-Dehaan gegen den Antrag Stumm, Sasse (soz.) für und Hise (Zentr.) gegen den sozialdemokratischen Antrag, sowie zugleich gegen den Antrag Stumm.

Nach einer weiteren Debatte wird § 4 unverändert und § 9 mit dem Antrage Behr angenommen, wogegen die Anträge Albrecht und Stumm abgelehnt werden.

Darauf wird die Weiterberatung vertagt.

Preussischer Landtag.

Das Herrenhaus erledigte am Mittwoch die Denkschrift über die Hochwassererschäden vom Sommer 1897 durch Kenntnisnahme. Eine Reihe Petitionen wurde nach den Anträgen der Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Am Freitag richteten im Herrenhause die Herren v. Neben und Strudmann die Anträge an die Regierung, welche Schritte sie zu thun gedente, um der durch die Industrie, insbesondere durch die Kali-Industrie drohenden übermäßigen Verunreinigung der Gewässer entgegenzutreten. Minister Drefeld antwortete, eine mäßige Verunreinigung der Flüsse sei nach dem Gutachten der technischen Deputation unerschütterlich. Es werde aber, wo sich schädliche Folgen zeigen, Einstellung des Betriebes verlangt. Es wurde sodann noch ein Antrag v. Below angenommen betreffs Erlaß eines Schankstätten-Verbotes für junge Leute unter 17 Jahren.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch in dritter Beratung das Volksschullehrer-Meltingengesetz beinahe einstimmig an. In der Diskussion wurde, nachdem Minister v. Miquel erklärt hatte, daß die in der zweiten Lesung beschlossene Quotifizierung der Staatsbeiträge und die Einbeziehung der freireichlichen Städte in den Staatszuschuß das Gesetz für die Regierung unannehmbar machen, das Prinzip der festen Staatsbeiträge zu den Witwen- und Waisengeldern im § 14 wiederhergestellt, wobei jedoch die Sätze der Regierungsvorlage auf 420 Mark für Witwen, 84 bzw. 190 Mk. für Waisenkinder erhöht wurden. Darauf wurde in erster Lesung der Gesetzesentwurf betr. die Polizeiverwaltung in den Vororten von Berlin einer Kommission überwiesen. Nächste Sitzung Montag.

Durch Leiden zum Glück.

14) Erzählung aus dem Leben v. Oskar Merres.

(Schluß.)

13.

Es war Weihnachten. In der Jänischschen Maschinenbau-Anstalt war einige Stunden früher Feierabend gemacht worden, die Arbeiter gingen vergnügt vor dannten und der Bestir besprach noch einiges mit seinem Buchhalter, bis auch dieser Buch und Kasse schloß.

Fröhlicher Weihnachtsabend, wie verschieden bist du in Hütte und Palast.

Herr Jänisch begab sich nach seiner Wohnung, die gar keine schimmernde Pracht zur Schau trug, aber von einer solchen Wohlhabenheit zeugte. Er hatte sich unter Sorgen und Mühen hinauf gearbeitet, so daß er mit zufriedenerm Blick auf die seitdem verflorenen fünf Jahre zurückblicken konnte.

Er trat in das erste Zimmer, wo ein Knabe von etwa acht Jahren mit einem Baukasten die schwere Mariezeit auf den hellstrahlenden Weihnachtsbaum zu verbringen suchte, während ein etwa vierjähriges Mädchen die kunstvoll errichteten Bauten vergnügt eintrif.

Als die beiden Kinder den Papa sahen, sprangen sie ihm entgegen; doch dieser drängte sie mit einigen kurzen Trostworten zurück und verschwand schnell in dem nächsten Zimmer, dessen Thür er fest hinter sich schloß.

Hier war der Weihnachtsengel an seiner geschäftigen Arbeit; er baute die Geschenke der Liebe auf, welche zur Weihe des schönen Festes gehören.

Die Hauptarbeit des lichten Engels besorgte die immer geschäftige Frau Marie, die sich noch immer nicht den Ton der treuerzigen Schlossergesellenfrau ganz abgewöhnen kann, trotzdem sie jetzt die Frau eines Fabrikherrn ist.

Und neben ihr die schlank, etwas gebeugte Gestalt mit dem so bleichen Gesicht, über dessen Schwermut hin und wieder bei den drohenden Worten Mariens ein milbes Lächeln huschte, war Trude, die schon tolgelaupte, aber dennoch dem Leben wieder gewonnene Dulderin.

Als damals, wo der alte Andreas bitter weinend an ihrem Lager kniete, der Arzt entdeckte, daß anstatt des Todeschlafes eine entscheidende Krisis eingetreten sei, als dann die bereits dem Tode Verfallene wieder erwachte und der Genesung Hoffnung gab, da hatte sich Jänisch einige Male gefragt, ob er nicht seiner Frau die Hände binden solle, denn diese trieb in ihrer übermäßigen Freude eine so tolle Wirtshaft, daß sie kaum zu bändigen war.

Als dann Trude wirklich das Krankenhause verlassen und das Zimmer bei der Familie Jänisch, das schon längst für sie eingerichtet war, beziehen konnte, da drehte die tolle Marie mit ihrem Jubel das ganze Haus um.

Seitdem wohnte die stille Trude bei der wieder fröhlichen Marie, wo sie wie auf Händen getragen wurde. Und wenn Marie recht lustig und Trude herzlich dazu lächelte, dann schauten sich beide wie mit einem Gedanken an, und Trude gedachte des fernem Fritz.

Jänisch hatte verschiedene Male Nachforschungen über ihn angestellt, aber vergeblich, er blieb wie verschollen. Doch während ihn die beiden

Frauenleute als tot beweinten, meinte der nächste Mann: „Der wird schon einmal wieder zum Vorschein kommen!“

Und heute der Weihnachtsfest mit dem blendenden Bienen und dem waldbunten Tannenbaum und den beiden noch jugendlichen, doch so verschiedenen weiblichen Gestalten.

Aus dem Hintergrund leuchten zwei weiße Häupter zu den vielbeschäftigten Weihnachtsengeln herüber. Es ist das Großmütterchen und der treue Andreas.

Als Marie gehört, wie sich der Alte ihrer Trude in ihrer gänzlichen Verlassenheit angenommen, hatte sie ihm still ein Stübchen neben dem Trudens zurechtgemacht.

Für die alte Großmutter aber war dieser neue Hausgast eine herrliche Sache; sie hatte nun einen, der den ganzen Tag mit ihr plauderte und bald nannte man die beiden das alte Liebespaar.

Der Tisch war geordnet, die Lichter brannten, Marie ließ noch einen prüfenden Blick über alle die Herrlichkeiten schweifen, dann ging ihr Mann hinaus, um die Kasse zu holen.

Damit war die Besorgung eröffnet, wo jedes seinen so heimlich besorgten Teil erhielt. Durch den Kinderjubiläum hindurch schauten sich die Ältern und Alten glücklich an.

Und als dann bei der traulichen Familientafel der Hansherr das Glas erhob, um dem lieben Herrgott zu danken, der sein irdisches Streben bis zu diesem schönen Abend begleitet, da perlte eine Thräne in Trudens Glas und Frau Marie legte verständnisvoll ihren Arm um sie.

Die Thräne galt ihm, dem fernem Trostlopf, das wußte Marie. Was hielt ihn denn ab, sich gar nicht mehr um die Heimat zu kümmern, auch wenn er plaudert, hier alle Erdenfreude verloren zu haben?

„Ja, der Bengel ist ein Trostlopf,“ so dachte Frau Marie, — „der nicht weiß, was für ein Herz hier auf ihn wartet.“

Und während Jänisch mit den Kindern spielte, und die beiden Alten noch einmal alle Geschenke musterten, plauderten die beiden Frauenbinnen von den vergangenen Zeiten.

Wo waren sie alle geblieben, welche einst so störend in das Leben der armen Waise eingegriffen?

Am äußersten Ende der Vorstadt hatte Frieda eine kleine dürftige Wohnung inne. Ihre Seele war leer, und es fehlte ihr der Mut, die selbstverschuldete Armut zu tragen. Die Menschen fliehend, verließ sie ihre Zufluchtsstätte, um sich die Sachen zu holen, welche sie zu ihrem mehr wie beschiedenen Haushalt bedurfte.

Das kleine Kapital, welches einst Weimburg aus dem gestohlenen Schmud gelöst und Trude geliehen hatte, war das einzige, was sie aus dem Schiffbruch ihres großen Vermögens gerettet hatte. Es stand noch auf dem Konto der großen Maschinenfabrik, und Jänisch verzinsle ihr dasselbe so reichlich, daß die Arme wenigstens leben konnte.

Trude hatte die Veranthe aufgesucht, sobald sie von dem vollständigen Ruin gehört. Frieda erlag fast dem Gemüth der Scham, aber die edlere Kaufleute nahm die Unglückliche liebevoll in ihre Arme, sprach ihr tröstend zu und versicherte sie ihrer Verzeihung. Auch zum